

Mittwoch,
3. Juni 1914.

Mittag-Ausgabe.

Mr. 254.
53. Jahrgang.

Das Posener Tageblatt
erscheint
an allen Werktagen
zweimal.
Der Bezugspreis beträgt
vierteljährlich
in den Geschäftsstellen 3,00,
in den Ausgabestellen 3,25,
frei ins Haus 3,50,
bei allen Postanstalten des
Deutschen Reiches 3,50 Mk.

Posener Tageblatt

Anzeigenpreis
für eine kleine Zeile in
Anzeigenteil 25 Pf.
Reklamenteil 80 Pf.
Stellengedruckte 15 Pf.
Anzeigen nehmen an
die Geschäftsstellen
Tierzgartenstr. 62
St. Martinstr. 6
und alle
Annoncenbureaus.
Telegr.: Tageblatt Posen.

Genehm. Nr. 4246, 3110, 3249 u. 2273.

Herausgegeben im Auftrage des Komitees des Posener Tageblattes von E. Ginschel.

Anzeigen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einreichung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitige Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einreichungen werden nicht aufbewahrt. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigesetzt ist.

Die Ministerkriege in Frankreich.

Als sich die französischen Minister gestern nachmittag im Elysée vorstellten, ersuchte Präsident Poincaré von neuem dringend Doumergue im Amt zu bleiben, aber dieser erklärte, sein Entschluß sei endgültig. Darauf sprach Präsident Poincaré den Ministern für ihre Mitarbeit seinen Dank aus. Am Nachmittag hat Poincaré die Präsidenten der Kammer und des Senats empfangen.

Generalschabes Joffre.

Dem „Temps“ zufolge hat Generalschabes Joffre zu einem vertrauten Freunde geäußert, er werde unzugänglich seine Demission als Generalschabes geben, falls die neue Kammer die Absicht bekünden sollte, zu dem Zweijahresgesetz zurückzukehren. Auf den Ministerpräsidenten Doumergue habe dieser Entschluß des Generals großen Eindruck gemacht.

Die Presse und der Kabinettswechsel.

In den gemäßigtrepublikanischen und nationalistischen Blättern wird die feste Überzeugung ausgesprochen, daß Viviani, falls er an die Spitze der Regierung treten sollte, ebenso wie Doumergue genötigt sein werde, an dem Dreijahresgesetz festzuhalten.

Der „Temps“ meint, Präsident Poincaré habe für die Wahl des künftigen Ministerpräsidenten eine ganze Reihe wichtiger Fingerzeige erhalten, so das Beispiel Doumergues, der das Dreijahresgesetz mit einer Treue angewendet habe, in welcher er durch die fünfmonatige Leitung des Ministeriums des Äußern noch bestärkt worden sei.

Das „Journal des Débats“ erklärt, seine Regierung werde bestehen können, wenn sie nicht dafür Sorge, daß das Dreijahresgesetz vor allen direkten und indirekten Angriffen geschützt bleibe. Der Präsident der Republik sei gestern mit seiner Kerner Rede der Dolmetsch der Gesinnung des ganzen Landes gewesen. Seine Worte, die von allen verstanden worden seien, dürften eine große Tragweite haben.

Die „Liberté“ sagt, Viviani habe zwar als Deputierter gegen das Dreijahresgesetz gestimmt, aber er werde in diesem Punkte dem Programm des Kabinetts Doumergue, nämlich der lokalen Anwendung des Dreijahresgesetzes, treu bleiben. Man behauptet sogar, daß Viviani, um diese seine Absicht entsprechend zu kennzeichnen, Rouleus ersuchen solle, das Kriegsposterscheit zu beibehalten.

Die „Presse“ schreibt, der Einsatz in dem gegenwärtigen Kampf sei das Dreijahresgesetz. Es sei dieses auch die einzige Frage, auf welche Poincaré Wert lege; denn als dieses Gesetz unter dem Kabinet Barthelemy bewilligt wurde, sei es offenkundig geworden, daß das Elysée das Ministerium deckte und daß dabei das ganze Bündnisystem Frankreichs im Spiele war.

Der Zarenbesuch in Rumänien.

Die Ankunft des Zaren in Konstanza erfolgt, wie jetzt endgültig feststeht, am 14. d. Mts. Der Zar trifft mit der Zarin und ihren Töchtern auf seiner Yacht „Standart“, begleitet von einem Teil der Schwarzmeer-Flotte, ein. König Karol und die gesamte königliche Familie fährt der kaiserlichen Familie zur Begrüßung nach Konstanza entgegen. Prinz Karl von Rumänien trifft aus Berlin kommend ebenfalls hier ein. Es verlautet, daß bei dieser Gelegenheit die Verlobung des Prinzen Karl mit der ältesten Tochter des Zaren stattfinden wird. Die königliche Familie begibt sich bereits am Freitag, dem 5. Juni, nach Konstanza.

Auch angesichts des Umstandes, daß der russische Minister des Auswärtigen, Gajdarow, noch vor der Begegnung zwischen dem Zaren und dem König Karol von Rumänien in Konstanza nach Bukarest geht, um dort mit den leitenden rumänischen Persönlichkeiten zu konferieren, hält man in den Berliner diplomatischen Kreisen daran fest, daß es zu keinerlei dreibündigen Abmachungen zwischen Rumänien und Rußland kommen werde.

Die Lage in Albanien.

Dem von Italien befürworteten Wunsche der albanischen Regierung, daß eine Abteilung der internationalen Truppen von Skutari nach Durazzo verlegt werde, haben die Mächte im Prinzip zugestimmt. Die Ausführung des Vorstoßes dürfte aber von der weiteren Entwicklung der Dinge in Durazzo abhängen. Gutunterrichtete Kreise hegen die Hoffnung, daß es dem Fürsten noch gelingen werde, eine Einigung mit den Aufständischen herbeizuführen. Von einer Verlegung des Regierungssitzes von Durazzo nach Skutari, die von einigen Blättern angekündigt und als eine Flucht des Fürsten ausgelegt wird, ist, wie in Berliner diplomatischen Kreisen versichert wird, bisher keine Rede gewesen.

Mexiko.

Bedingter Rücktritt Huertas.

Die mexikanischen Delegierten teilten mit, daß Huerta sich bereit halte, von der Präsidentschaft zurückzutreten. Der Rücktritt werde jedoch erst dann erfolgen, wenn das Land politisch beruhigt sein werde und die kommende Regierung die öffentliche Meinung für sich haben werde.

Der Waffentransport der „Ypiranga“.

Die amerikanische Zollverwaltung hat für die Waffensendung des Dampfers der Hamburg-Amerika-Linie an der mexikanischen Küste eine

hohe Geldbuße angeordnet. Wie wir hören, wird die Angelegenheit noch zu diplomatischen Auseinandersetzungen Anlaß geben, da der dänische Botschafter in Washington bereits einen formellen Protest eingelegt hat.

Inzwischen sind, wie das „Berl. Tagebl.“ zu melden weiß, die deutschen Dampfer „Ypiranga“ und „Bavaria“ am 2. Pfingstfeiertag von dem Kreuzer „Dresden“ klar zum Gefecht und mit offenen Geschützen auf die hohe See hinausgeleitet worden. Vor der Ausreise sind der „Bavaria“ 118 685 Pesos und der „Ypiranga“ 894 900 Pesos Geldstrafe auferlegt worden, weil sie die Bandung in einem anderen als dem konfigurierten Hafen geloscht und Schiffsmanifeste nachträglich vor dem Einlaufen in Veracruz korrigiert haben. Die Strafen wurden den Dampfern auf Grund der mexikanischen Gesetze auferlegt. In Mexiko hat der Vorfall ungeheure Erregung hervorgerufen. In der Tat war die Ladung der beiden deutschen Dampfer sehr bedeutend. Die „Bavaria“ hatte 4 Millionen Patronen und 5000 Gewehre, die „Ypiranga“ 15 Millionen Patronen, 1000 Gewehre, 40 Geschütze und 1000 Maschinengewehre an Bord. Carranza erklärt, daß die Häfen Tampico, Tampam und Matamoros für den Handel offen seien.

Freisprechung der Gräfin Tiepolo.

Oneglia, 2. Juni. Die Gräfin Tiepolo, die Gattin des Hauptmanns Oggione, die am 8. November den Burken ihres Mannes Polimanti erschossen hatte, ist vom Schwurgericht freigesprochen worden. Die Freisprechung erfolgte, weil das Gericht der Überzeugung war, daß sie in berechtigter Notwehr gehandelt habe.

Die wochenlang dauernde Verhandlung gegen die Gräfin hat die Annahme, die man von vornherein wohl als richtig bezeichnen mußte, daß die Angeklagte nämlich in Notwehr gehandelt habe, nicht so erschüttern können, daß die Geschworenen eine Verurteilung aussprechen konnten. Zwar wurde, wie wir wiederholt berichtet haben, im Lauf der sehr gründlichen Verhandlung allerhand zu Tage gefördert, das geeignet war, den Verdacht zu verstärken, den die Staatsanwaltschaft vertrat, daß nämlich die Gräfin in der Tat mit dem Burken ihres Mannes ein sträfliches Verbrechen verübt habe und daß sie schließlich die Tat verübt habe, nicht um einen Angriff Polimantis abzuwehren, sondern um den einst begünstigten, ihr aber allmählich lästig werdenden Liebhaber loszuwerden; aber schließlich überwogen doch die Tatsachen, die für die jetzt im Urteil als richtig anerkannte Auffassung sprachen und es konnte schon lange kein Zweifel mehr bestehen, daß die Angeklagte freigesprochen werden würde.

Selbstmord eines Berliner Polizeirats.

Der bei der Neuföllner Kriminalpolizei angestellte Polizeirat Dr. jur. Bruno Welsch vergiftete in seiner Wohnung zu Friedenau seine 7 Jahre alte Tochter mit Zyanfalk und nahm dann selbst Gift, dem er nach wenigen Minuten erlag. Auf dem Tisch des Arbeitszimmers, vor dem Dr. Welsch das Gift zu sich genommen hatte, fand man ein Schreiben, in dem der Polizeirat angab, daß er die Tat aus Furcht vor Geisteskrankheit mit vollem Bewußtsein begangen habe.

Berliner Blätter berichten noch folgende Einzelheiten:

Dr. Welsch, der früher in Charlottenburg und dann in Stettin angestellt war, kam vor zehn Jahren nach Neufölln, wo er zunächst das Bau- und dann das Personal- und Presse-Dezernat verwaltete. Er war jetzt 45 Jahre alt. Aus seiner Ehe waren zwei Töchter, jetzt sieben und fünf Jahre alt, hervorgegangen. Schon seit einiger Zeit äußerte Dr. Welsch wiederholt, daß er fürchte, in Geisteskrankheit zu verfallen. Montag nachmittag überredete er seine Gattin, den Tennisplatz aufzusuchen. Er selber blieb mit den beiden Kindern zu Hause. Nachdem er eine Weile mit ihnen gespielt hatte, gab er den Kindern Bonbons, in die er Zyanfalk gemischt hatte. Das ältere Mädchen aß auch davon und brach im nächsten Augenblick tot zusammen. Als der Vater das Kind entseelt daliegen sah, entriß er der Kleineren die Bonbons, nahm die Leiche auf, ging damit in sein Arbeitszimmer und vergiftete sich selbst mit Zyanfalk. Das jüngste Mädchen eilte nun weinend nach dem Tennisplatz und holte die Mutter. Diese fand ihren Mann bei der Rückkehr tot im Sessel liegend. Neben ihm lag das tote Kind. In einem Briefe, den die Amtspolizei von Friedenau an sich nahm, hatte der Polizeirat sich über den Grund zu seinem unseligen Schritte geäußert. Die Kinder habe er mit in den Tod nehmen wollen, weil die Witwenpension für die ordentliche Erziehung der Töchter nicht ausreiche. Dieser Brief ist bereits vor acht Tagen geschrieben worden, später ist das Datum auf Pfingstmontag geändert worden.

Allgemeiner Neuphilologentag.

Die Eröffnung des Allgemeinen 16. Neuphilologentages in Bremen erfolgte Dienstag vormittag durch den Vorsitzenden Professor Dr. Gaertner-Bremen, der die große Zahl der Teilnehmer aus allen Teilen Deutschlands und aus dem Auslande (Frankreich, England, Schweiz, Rußland, Holland, Amerika) willkommen hieß, und einen Überblick über die Tätigkeit des Vorstandes seit der letzten Tagung in Frankfurt am Main gab.

Die Leitung übernahm sodann der Ehrenvorsitzende Geheimer Rat Prof. Dr. Hoops-Heidelberg. Als erster begrüßte im Auftrage des Senats Senator Dr. Deichs die Versamm-

lung. Geheimer Rat Hoops behandelte in seiner Begrüßungsrede den Anteil Bremens an der neuphilologischen Forschung. Hierauf folgte eine Anzahl von Begrüßungen durch die Vertreter verschiedener deutscher und ausländischer Unterrichtsbehörden und wissenschaftlicher Vereinigungen. Nach Eintritt in die Tagesordnung sprach zunächst Herr Claude-lesch Brereton M. A. Divisional Inspector of the London County Council über „English Education and its problems in 1914“. Er gab eine Darstellung des englischen Unterrichtswesens seit Beginn dieses Jahrhunderts. Als nächster Redner behandelte Henry Lichte-berger-Paris (Sorbonne) die gegenwärtige Entwicklung des Studiums der deutschen Sprache und Literatur an den Universitäten Frankreichs. Den nächsten Vortrag hielt Prof. Dr. Deutschbein-Halle über Shakespeares und die Renaissance. Unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Emden-Wien fanden nachmittags folgende Vorträge statt: Prof. Jespersen-Kopenhagen über die Energetik der Sprache, Prof. Dr. Förster-Leipzig: Prinzipielles über die Aussprache von Eigennamen im Englischen, und Prof. Dr. Strohmeier: Zur stilistischen Vorbildung für die freien Arbeiten im Französischen, die alle mit großem Beifall aufgenommen wurden. — Abends vereinte ein Festmahl im Künstlervereinshaus die meisten Teilnehmer, wobei viele Tischreden der Bedeutung des 16. Neuphilologentages gerecht wurden.

4. Preussischer Richtertag.

(Eigener Bericht des Posener Tageblattes.)
Hg. Bielefeld, 2. Juni.

Hier wurde heute unter zahlreicher Beteiligung der 4. Preussischen Richtertag eröffnet. Der Jahresbericht stellt fest, daß unter den Richtern Einigkeit herrsche, und daß ihre Bestrebungen die Anerkennung der Behörden erhalten haben. Nach den üblichen Begrüßungsansprachen stellte Landgerichtsdirektor Freitag-Torgau über die

Vereinfachung des Geschäftsganges bei den Justizbehörden folgende Leitsätze auf:

1. Richter und Gerichtsschreiber müssen sich selber und den Nachwuchs beider Beamtentypen erziehen zu einer frischen, von jeder Schablone freien Arbeitsweise. 2. Die Justizverwaltung muß den Justizbehörden die modernen Hilfsmittel, wie Fernsprecher, Schreibmaschine, Diktiermaschine und Kurzschrift in größtem Maße zur Verfügung stellen. 3. Die Richter sind von allen untergeordneten Arbeiten zu befreien; die Gerichtsschreiber müssen weit mehr als bisher Mitarbeiter des Richters werden, und außerdem sind ihnen, zum Teil im Wege kleiner Gesetzesänderungen, richterliche Geschäfte zu übertragen.

Landgerichtsdirektor Freitag führte zur Begründung aus: Eine Vereinfachung des Geschäftsganges soll eine Beschleunigung der Rechtspflege, eine bessere wirtschaftliche Verwertung der Arbeitskräfte der Richter und Gerichtsschreiber und damit eine wesentliche Verbilligung der Rechtspflege herbeiführen. Bei der Erledigung mancher Geschäfte können die Richter an der Art und Weise, wie der Kaufmann seine Geschäfte erledigt, sich ein Beispiel nehmen. Da die Urteile bis ins Kleinste hinein sorgfältig schriftlich ausgearbeitet werden, hat man sich daran gewöhnen, auch bloße Verfügungen nur in ausführlicher Schriftform vorzulegen. Die strenge Herrschaft der Gehebe über die Richter hat bei ihnen Eigenschaften erzeugt, die man mit dem Wort

„Bureautismus“

zu bezeichnen pflegt. Es fehlt eben vielfach an einer lebendigen Beweglichkeit. Deshalb müssen sich Richter und Gerichtsschreiber frei machen von diesen Hemmnissen und namentlich den Nachwuchs zu frischer und flotter Arbeit erziehen. In Bayern ist es längst zulässig, daß in vielen Fällen der Gerichtsschreiber die mündliche Anweisung zum Entwurf der Entscheidungen vom Richter erhält. Wir müssen das Übel an der Wurzel fassen, allerdings darf die Vereinfachung nicht erkauft werden mit einer Verschlechterung der Rechtspflege. Unser Ziel muß eine gerechte Urteilsfindung sein. Sind wir dessen eingedenk, dann wird es uns auch nicht schwer werden, über die starre Form zu siegen und selbst im Rahmen der bestehenden Gehebe aus uns heraus ein leidlich einfaches, schlemmes Verfahren zu finden. (Leb. Beifall.)

In der lebhaften Besprechung betonte u. a. Amtsgerichtsrat Ricks: Es fehlt bei den Gerichten an gewissen Kanakiten; als eine notwendige Einrichtung haben sich die Springassessoren erwiesen (Heiterkeit), die überall dort einspringen müssen, wo ein Richter fehlt. — Landgerichtspräsident Waiz-Bielefeld: Viel Arbeit machen den Gerichten die Querulanten. Könnten dagegen nicht höheren Ortes Anordnungen getroffen werden? — Amtsgerichtsrat Hilde-Brühl: Ja kann nicht finden, daß die Arbeit, die auf uns ruht, eine Last ist. Der Amtsrichter in kleinen Orten hat einen schönen Beruf, dank seiner Beziehungen zum Publikum. — Amtsrichter Siegel-Duisburg befragte über die Verbreitung der Kenntnis der Stenographie. — Die Versammlung erklärte im allgemeinen ihre Zustimmung zu den Vorfällen des Referenten.

Über die

Verpflichtung des Richters im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben sprach Landgerichtsrat a. D. Professor Dr. Bornhag-Berlin. Alle preussischen Überlieferungen können für die Gegenwart nicht mehr maßgebend sein. Die Gleichstellung der Richter mit anderen Beamten entspricht den Überlieferungen und den Forderungen der Gegenwart. Vergehen sind nur disziplinarisch zu bestrafen. Der Vorwurf der Klassenjustiz und der der Weltfremdheit beruht auf Mißverständnissen, so auf Mängeln des Rechts und auf mangelnder Rechtskenntnis im Publikum. Eine politische Betätigung des Richters ist mit seiner Unparteilichkeit nicht vereinbar.

In der Begründung dieser Leitsätze führte Professor Dr. Bornhag aus: Es sei Sache des Staates, die Haftpflicht für seine Beamten zu übernehmen. Auch die ältesten Leute erinnern sich nicht, über Richterbestellbarkeit jemals etwas im „Vorwärts“ gelesen zu haben, und selbst der Abg. Dr. Liebknecht dürfte darüber nicht in seiner Mappe haben (Schallende Heiterkeit).

Wenn wir den Zukunftsstaat hätten, würden wir die schlimmste Klassenjustiz haben, da dann der Wille der unteren Klassen maßgebend wäre. Der sozialdemokratische Richter würde die absolute Klassenjustiz betreiben, denn seine Rechtspflege stünde unter der Kontrolle der Genossen, die stets prüfen würden, ob seine Urteile mit dem Klassenbewußtsein in Einklang stehen. Der Vorwurf, die Richter

seien weisfremd, sei unberechtigt. An unbefriedigenden Entscheidungen sei nicht der Richter schuld, sondern das Recht, das er anwenden müsse. Der Richter könne sich an jeder nicht staatsgefährlichen Partei beteiligen, ob er Geschmach an der politischen Betätigung in den Parlamenten finden würde, sei eine andere Frage, denn das parteipolitische Niveau sinke immer tiefer herab. In der Debatte wandte sich Amtsgerichtsrat Rids-Berlin lebhaft gegen eine Beteiligung des Richters an der Politik. Es könnte vorkommen, daß ein Richter im Stadtparlament mit kleinen Leuten um die und am anderen Tage über die vielleicht Gerichtsbarkeit ausüben müsse. Oberlandesgerichtsrat Freymuth-Hamm hält gerade die Tätigkeit des Richters in der Politik für wertvoll. Besonders in kleinen Städten könne der Richter dazu beitragen, daß einseitige Politik vermieden werde. Langerichtsdirektor Freytag-Organ sprach sich in dem gleichen Sinne aus, ebenso eine ganze Reihe anderer Redner, dann wurde ein Antrag: „Der preussische Richter muß sich mehr als bisher im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben betätigen. Die gesetzlichen Beschränkungen der Richter in der Beteiligung an kommunalen Körperschaften sind aufzuheben“ einstimmig angenommen und die Tagung geschlossen.

Deutscher Lehrertag.

(Eigener Bericht des Posener Tageblattes.) II. Kiel, 2. Juni.

Die erste Hauptversammlung des Deutschen Lehrertages füllte die weite Marinehalle bis auf den letzten Platz. Die Tausende sangen stehend Beethovens: „Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre“. Dann wurden zu Vorsitzenden der Lehrerversammlung der Vorsitzende des Deutschen Lehrervereins, Lehrer Köhl-Berlin, Kreisschulinspektor Huff-Alsfeld und Lehrer Koch-Kiel gewählt.

Der Vorsitzende Köhl bemerkte einleitend: Die Förderung der Volksbildung durch die Hebung der Volksschule ist der große Programmpunkt, den die Begründer des Deutschen Lehrervereins aufgestellt haben. Dieses Ziel steht auch heute noch unerrückt. Wir fordern die nationale Einheitschule (Lebhafter Beifall), eine einheitliche Organisation des gesamten Schulwesens mit möglichst Differenzierung nach oben hin, ohne Rücksicht auf den Besitz. (Lebhafter Beifall.) Vergrößerte Bildung darf nicht ein Monopol der Besitzenden sein. Nur der Bildung des Volkes wollen wir dienen, denn in dem gewaltigen wirtschaftlichen Kampf der Völker wird nur die Nation zum Siege kommen können, die ihre besten Männer an die Spitze der Kämpfenden stellt. (Beifall.) Nachdem Redner des Kaisers gedacht hatte, wurde ein Subjunktionstelegramm an den Kaiser abgelesen.

Oberpräsident v. Bülow, Vizeadmiral Koch, Oberbürgermeister Lindemann-Kiel und der Rektor der Universität Kiel, Prof. Sieder, brachten die Grüße der Behörden. Dann hielt Reichstagsabgeordneter Oberstudienrat Dr. Kerschensteiner-München ein Referat über „Die nationale Einheitschule“.

Er führte aus: Ein Rechts- und Kulturstaat muß seine Erziehungseinrichtungen nach dem Grundsatz des gleichen Rechtes für alle gestalten. Die Gemeinschaft hat das allergrößte Interesse daran, daß jedes ihrer Mitglieder soweit gefördert wird, als es seine Begabung erlaubt, daß jeder eine Erziehungseileiter findet, auf der er geistig und moralisch so hoch steigen kann, als es sein individuelles Wesen gestattet. Das private Recht des einzelnen muß gewahrt werden, so weit es in Bezug auf Erziehung nicht dem Gemeinwohl zuwiderläuft. In Gewissensfragen darf der Kulturstaat keinen Zwang ausüben. Daraus folgt, daß er kein öffentliches Schulsystem nur dann mit Zwangsbezug verbinden darf, wenn dieses Schulsystem nach Möglichkeit dem religiösen und moralischen Gewissen aller Gruppen von Mitgliedern der Gemeinschaft Rechnung trägt. Es widerspricht dem Geiste des Kulturstates, unter dem Vorwande einer erweiterten Bildung neben den Pflichtschulen andere Schulen zu unterhalten, die auch öffentlich unterhalten werden und nur den Bemittelten, Begabten, nicht aber auch den Unbemittelten in gleichem Umfange zugänglich sind. Sie müssen bekämpft werden. (Beifall.) Eine weitere Differenzierung ist notwendig, aber der Charakter der Einheitschule muß gewahrt werden dadurch, daß der Übergang von einer Schule zur andern begabten Schülern ohne allzu große Opfer ermöglicht wird. Weiter forderte Dr. Kerschensteiner weitgehende Autonomie für die untergeordneten öffentlichen rechtlichen Korporationen.

Die im Sinne seines Referates aufgestellten Leitsätze veranlaßten eine lebhafte Debatte, in der sich alle Redner ungefähr zu den Anschauungen des Referenten bekannten. Eine Resolution, in der die Einheitschule gefordert wird, wurde einstimmig angenommen und die erste Hauptversammlung geschlossen.

Auch heute wurden zahlreiche Nebenversammlungen abgehalten; so berieten die Vertreter der Jugendfürsorgevereinigungen, die Vereinigung deutscher Pestalozzi-Vereine, die Vereinigung seminaristisch gebildeter Lehrer an deutschen Auslandsschulen und die Lehrervereinigung für Schulgesundheitspflege, in der Lehrer Meyer-Bremen-Horn für die Hinaufhebung der Schulpflicht auf das vollendete 7. Lebensjahr eintrat. Ein Beschluß wurde dazu nicht gefaßt. — Die Vertreterversammlung beschloß, den nächsten Lehrertag, der in zwei Jahren stattfinden wird, in Breslau abzuhalten. Am Mittwoch werden die Verhandlungen zu Ende geführt werden.

Bur Tagesgeschichte.

Denkmalsenthüllung in der Gedächtniskirche in Speyer.

Unter zahlreicher Beteiligung der protestantischen Bevölkerung der Pfalz wurde gestern (Dienstag) vormittag um 10 Uhr in der Turmhalle der Gedächtniskirche zu Speyer die von deutschen Fürsten, darunter vom Kaiser gestifteten und von Prof. Max Baumbach angefertigten Standbilder der protestierenden Fürsten auf dem Reichstage zu Speyer im Jahre 1529 in feierlicher Weise enthüllt. Als Vertreter des Königs Ludwig von Bayern wohnte Regierungspräsident v. Renfer, als Vertreter des Kaisers der Oberpräsident der Rheinprovinz Freiherr v. Rheinbaben der Enthüllungsfest bei. Auch die fürstlichen Stifter waren durch Abgesandte vertreten.

Deutsches Reich.

** Der Kaiser traf gestern Abend 6 Uhr im Sonderzuge, von Ahlbeck kommend, auf der Fürstenstation Wildpark ein und begab sich in das Neue Palais.

** Verlobung. In Grünholz bei Baruth (Mark) hat gestern die Verlobung des Grafen Friedrich zu Solms-Baruth, des ältesten Sohnes des Fürsten zu Solms-Baruth, mit Ihrer Hoheit der Prinzessin Adelheid zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg stattgefunden.

** Der Kronprinz ist auf der Generalstabsreise von Baden-Baden in Saarbrücken eingetroffen. — Die Kronprinzessin hat sich zu einem kurzen Besuch bei dem Großherzog und der Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin nach Schwerin begeben.

** Prinz Albrecht von Preußen ist nach Marienbad abgereist.

** Oberstleutnant von Winterfeld in den Generalstab versetzt. Das „Militärwochenblatt“ meldet: von Winterfeldt, Oberstleutnant mit dem Range als Abteilungschef im Generalstabe der Armee und Militärattaché bei der Botschaft in Paris, ist unter Enthebung von dieser Stellung zum Abteilungschef im Großen Generalstabe ernannt worden.

** Dr. Dreuw. Der gemahregelte Polizeiarzt Dr. Dreuw antwortet auf die Bemerkungen des Ministerialdirektors Kirchner im Herrenhause mit einer Erklärung, in welcher er den „schärfsten Protest“ gegen die beleidigende Art erhebt, in welcher der Ministerialdirektor ihn im Herrenhause angegriffen habe. Er werde zu seiner Verteidigung gegen diesen Angriff das gesamte ihm zur Verfügung stehende Aktenmaterial veröffentlichen.

** Die Arbeiten des Rüstungsausschusses treten nunmehr in ihr wichtigstes Stadium. Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung, die in diesen Tagen stattfindet, stehen die Lieferungen an Handfeuerwaffen und an Geschützmaterial. Berichterstatter für das Artilleriematerial ist der Abg. Erzberger.

** Die Landesausstellung in Windhof an Staatssekretär Solz. Von der Landesausstellung in Windhof ist dem Staatssekretär des Reichskolonialamts folgender Drahtgruß zugegangen:

Aus Anlaß der glänzend gelungenen Landesausstellung gedenken die versammelten deutschen Südwestler Eurer Excellenz mit ehrerbietigem Grusse. Seitz, Vogts, Kindt.

Der Staatssekretär sandte darauf dem Gouverneur folgende Antwort:

In großer Freude über das glänzende Gelingen der Landesausstellung sende ich Eurer Excellenz und den deutschen Südwestern herzlichsten Dank und Gruß.

** Die „Staatsbürger-Zeitung“ wird vom 30. Juni ab ihr Erscheinen als Berliner Tageszeitung einstellen und nur noch als Wochenchrift erscheinen. Hauptfächlich hat nach der „Tägl. Rundschau“ die Weigerung der konservativen Partei, dieses Unternehmen zu finanzieren, den gegenwärtigen Verlag veranlaßt, das Unternehmen eingeben zu lassen.

** Der neunzehnte deutsche Geographentag, zu dem einige hundert Gelehrte und Forscher aus dem ganzen Reiche und aus Österreich-Ungarn, sowie Vertreter der Wissenschaft u. a. aus den Niederlanden, der Schweiz und den Vereinigten Staaten erschienen waren, nahm Dienstag vormittag in Straburg i. E. seinen Anfang mit einer Sitzung in der Aula der Kaiser-Wilhelm-Universität. In Anwesenheit des kaiserlichen Statthalters Dr. v. Dallwitz sowie des kommandierenden Generals von Deimling und des Gouverneurs Generalleutnant v. Eberhardi eröffnete der Vorsitzende, Geheimer Regierungsrat Prof. Dr. Wagner-Göttingen, die Tagung. Begrüßungsworte sprach Prof. Dr. Sapper-Straburg namens des Ortsausschusses, Bezirkspräsident Dr. Boehlmann im Auftrage der Landesregierung, Beigeordneter Timme namens der Stadtverwaltung, ferner der Rektor Manificus der Universität, Geheimrat Prof. Dr. Chiari, Prof. Dr. Rehm für die wissenschaftliche Gesellschaft Straburg, Generalmajor v. Mertens als Vorsitzender der Gesellschaft für Geographie und zugleich für die Deutsche Kolonialgesellschaft, ferner Prof. Brighan-Neuyork. Nach einer kurzen Pause begann die Reihe der wissenschaftlichen Vorträge, in der zunächst Geheimer Hofrat Prof. Dr. Hans Meyer-Leipzig über „Land und Leute von Urundi (Siakris)“ auf Grund seiner Expedition von 1911 berichtete. Die Vorträge werden noch den 3. und 4. Juni ausfallen, während am 5., 6. und 7. Juni Ausflüge nach bemerkenswerten Punkten und Gegenden des Reichslandes unternommen werden.

Parlamentarische Nachrichten.

th. Zur Entlastung des preussischen Oberverwaltungsgerichts. Die 15. Kommission des Abgeordnetenhauses hat Bericht erstattet über die Beratungen zum Entwurf, betreffend weitere Beschäftigung von Hilfsrichtern beim Oberverwaltungsgericht. Nach ihren Beschlüssen soll die Beschäftigung von Hilfsrichtern nur bis zum 1. April 1916 (nicht 1917) zulässig sein und zwar nur in den Steuererkenntnissen. Die Kommission ersucht die Regierung spätestens bis 1. April 1916 dem Landtage gegebenermaßen Vorschläge zur Herbeiführung einer organischen Entlastung des Oberverwaltungsgerichts vorzulegen, insbesondere ein erleichtertes Verfahren zur Verhütung von Abweichungen der Rechtspflege der Senate untereinander, ferner zur Beseitigung der Überlastung dieses Gerichts im Geschäftsordnungswege möglichen Vorkehrungen zu treffen, um die Arbeitslast der Mitglieder zu ermäßigen und die Leistungsfähigkeit der Senate zu erhöhen, schließlich zur Entlastung überhäufte Senate, soweit die Überlastung durch regelmäßigen und dauernden Geschäftszuwachs verursacht wird, die Bildung neuer Senate in die Wege zu leiten und die Einstellung eines neuen Senatspräsidenten in den nächsten Etat zu erwägen, und tunlichst den Etat des Oberverwaltungsgerichts vom Etat des Ministeriums des Innern zu trennen und ihn, entsprechend der Stellung des Oberverwaltungsgerichts als obersten Verwaltungsgerichtshofs Preußens, als besonderen Etat nach dem Muster des Etats des Landeswasseramtes zu behandeln. Die letzte Forderung wird damit begründet, daß das Ansehen des Oberverwaltungsgerichts eine solche Trennung bedinge. Auch das Landeswasseramt sei ein oberster Gerichtshof. Regierungsrat konnte die Erfüllung dieses Wunsches noch nicht zugesagt werden. Das Ministerium des Innern wolle keineswegs retardierend auf Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichts ein. Auch das Reichsgericht stehe im Reichsjustizetat, was seinem Ansehen nicht geschadet habe. Bei den Etatberatungen könne ein Vertreter des Oberverwaltungsgerichts anwesend sein.

Im Gegenjah zum Reichstage stellte sich die Kommission auf den Standpunkt, daß an einem höchsten Gericht das Hilfsrichtertum nur ein vorübergehender Zustand sein dürfte. Unabhängig von den Vorschlägen der Landesverwaltungsreform müsse einer Überlastung des Oberverwaltungsgerichts schon jetzt vorgebeugt werden. Gewünscht wurde auch den Kreis zu erweitern, aus dem Hilfsrichter entnommen werden dürfen.

Heer und Flotte.

** Die neue Dienstaltersliste. Die allgemein bekannte „Vollständige Dienstaltersliste der Offiziere des deutschen Reichsheeres, der Kaiserlichen Marine und der Kaiserlichen Schuttruppen“ liegt in ihrem 57. Jahrgange vor. Da die Liste erst am 6. Mai abgeschlossen ist, unterrichtet sie zuverlässig über den augenblicklichen Stand. Hiernach sind in Preußen die Generalleutnants vom Jahre 1910, die Generalmajore und Obersten vom Jahre 1911, die Oberstleutnants von 1912 und die Majore von 1908 die ältesten ihres Dienstgrades. Das deutsche Heer hat 5 Generalfeldmarschälle und 20 Generalobersten. Bei den im aktiven Dienst befindlichen Offizieren ist das Eiserne Kreuz fast ganz verschwunden; es befindet sich nur noch im Besitz einiger kommandierenden Generale. — Die Kaiserliche Marine zählt 43 Flaggoffiziere, unter denen der jüngste ein Leutnantenpatent von 1886 besitzt. Die Beförderungsverhältnisse in der Marine sind daher weiter sehr günstig. Bei den Offizieren der Kaiserlichen Schuttruppen ist ihre frühere Zugehörigkeit zu den deutschen Kontingenten und der Eintritt in die Schuttruppe angegeben.

Amtliche Nachrichten.

** Personalien aus dem „Justiz-Ministerial-Blatt“. Der Landgerichtsdirektor, Geheimer Justizrat Grabowski in Allenstein, die Amtsgerichtsräte Dr. Stelkens in Dürren und Dr. Bismard in Hedingen sind gestorben. Der Gefängnisdirektor Ristow in Neumünster ist gestorben. Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrat Jaenisch in Ramlau und der Rechtsanwalt Fritz Guttfeld in Berlin sind gestorben. Zu Notaren sind ernannt die Rechtsanwälte Jablonsky in Krenzburg und Oberlsch, Jahnke in Uchte, Vogt in Annaburg.

Rußland.

* Ein großer Ausstand ist in Petersburg ausgebrochen. Insgesamt streiken bei 155 Unternehmungen 80 595 Arbeiter.

Spanien.

* Politisches Duell. Zwischen den spanischen Abgeordneten Soriano und Antonio Maura, dem Sohn des ehemaligen Ministerpräsidenten, fand am Dienstag ein Säbelduell statt. Beide wurden an der Stirn leicht verwundet. Das Duell ist wahrscheinlich durch die Prügelei in den Wandelgängen der Kammer am 27. Mai veranlaßt worden.

Asien.

* Eine Zirkulärnote der Mongolei an die Großmächte. Nach einer Drahtung aus Peking hat die mongolische Regierung in gleichlautenden Noten der englischen, französischen und deutschen Regierung erneut mitgeteilt, daß sie nicht mehr unter chinesischer Oberhoheit stehe. Die mongolische Regierung fordert in dieser Note die Mächte auf, nach Urga Konjunkt oder andere Vertreter zu entsenden, um Handels- und Freundschaftsverträge, ähnlich denjenigen mit Rußland, abzuschließen. Das gleiche Ansuchen ist von der mongolischen Regierung bereits zweimal gestellt worden, doch war darauf bisher eine Antwort nicht eingetroffen.

Sport und Jagd.

sr. Rennen in Karlshorst, 2. Juni. Mariendorfer Hürdenrennen. 4000 M. 1. Dodels Hebron (Seath). 2. Macte (Reith). 3. Galbally (Arnheim). — Preis von Stendal Ehrenpr. u. 2800 M. 1. Rittm. v. Bachmays Schlagwerk (Bef.). 2. Voigt (Rittm. v. Rosenbergs). 3. Hedenrope (St. Weisheit). — Handikap der Vierjährigen. 8000 M. 1. H. Wendes (Weishaupt). 2. Harger (Bronn). 3. Glabar (Tucholska). — Preis von Großbeeren. 6000 M. 1. Dr. Meies Vibel (Leutnant Freiherr von Berchem). 2. Catilina (St. Hagedorff). 3. Hernani (St. Wittmad). — Großes Berliner Jagd-Rennen. Ehrenpr. u. 80 000 M. 1. Monf. M. Descaux (Monstagnard (G. Michl)). 2. Gafa (Rahj). 3. Coram Populo (Streit). Tot.: 159:10. Pl. 42, 29, 33:10. — Wellgunde-Jagd-Rennen. 5000 M. 1. Graf Sierstorffs Erla (St. Erbsprung zu Venthelm). 2. Wrabant (St. v. Herber). 3. Revenue (St. Frhr. v. Berchem). — Preis v. Mahlsdorf. 3000 M. 1. Schalschas (J. Mene). 2. Grachus (W. Plüschke). 3. Staccionata (Ch. Vane).

= Berlin, 1. Juni. Nahezu 12 000 Teilnehmer sind für die Vorführungen der mährischen Turner im Stadion angemeldet, die in Gegenwart des Kaisers als Einlage zu den Armeewettkämpfen am 7. Juni stattfinden. Männer und Jünglinge, Knaben, Mädchen und Frauen werden an diesem Tage ihr bestes bieten, um dem Kaiser ein Bild von dem Stand des Turnens in Groß-Berlin und der Mark zu bieten. Freiübungen werden mit Gerätschaften abwechseln. Spiele der Knaben und Mädchen werden abgelöst durch Vorführungen der Landesturnanstalt. Laufvorführungen der Jugend folgen Handstandsübungen der Alten, Zechen und Springen, vollständige Übungen, Spielen und Giltbollenläufen der Männer schließen sich gemeinsames Mediturnen und Massenausträuben an. Das Turnen beginnt pünktlich um 1 1/2 Uhr und endet ebenfalls pünktlich eine Stunde später. Einlaßkarten sind im Generalsekretariat für Olympische Spiele, Dortheenstraße 53, zu haben.

Aus dem Gerichtssaal.

ke. Posen, 30. Mai. Schöffengericht. Die Gutgläubigkeit der einfachen Volksleute nutzten die Photographen Emil Farin, Richard Farin, Johann Farin und Grzybowski in Posen in raffinierter Weise aus, um Betrügereien in großem Umfang zu begehen. Die ersten sind wegen ganz ähnlicher Schwindeleien bereits von mehreren anderen Gerichten erheblich bestraft worden. Im Herbst 1912 und Frühjahr 1913 bereiteten sie die ganze Provinz Posen, namentlich die Anstehenden, veranlaßten die Leute, sich vor ihren Häusern aufzustellen, machten davon Aufnahmen oder taten wenigstens so und überredeten die Leute dann unter Vorzeigung falscher Muster, Anstehenden zu bestechen. Sie ließen sich gleich eine Anzahl geben und rieten, gleich den ganzen Betrag zu entrichten, weil dadurch die Nachnahmefolgen gespart würden. In den meisten Fällen glückte es ihnen, Beträge von 1 M. bis 150 M. zu erhalten. Nur wenige erhielten Karten, die aber nichts taugten, auf denen z. B. die dargestellten Gebäude und Personen nicht identisch mit den aufgenommenen waren. Die meisten Besteller, weit über 60 allein haben Strafanzeige erstattet, haben bis heute die Bilder noch nicht, und ihr Geld sind sie auch los. Wahnungen wurden mit allerlei Ausreden abgetan, bald soll die Sonne nicht geschienen haben, bald war der eine von ihnen krank usw. In einem Falle hatten sie eine ganze Hochzeitsgesellschaft photographiert und sich von den meisten Gästen 2 M. zahlen lassen. Wiber hat niemand von ihnen gesehen. Einem anderen Besteller hatten sie angegeben, daß sie für eine Anstalt „Gut Licht“ reiten. Ermittlungen nach dieser hatten, als Wahnungen erfolglos blieben, zu keinem Ergebnis geführt. Johann Farin, der Vater der beiden anderen Angeklagten, hatte außer Bestellungen auf Anstehenden besonders Bestellungen auf Vergrößerungen von Photographien entgegengenommen, die er angeblich bei der Kunst-Anstalt „Wilhelma“ in Südbaden in Arbeit gab. Auch diese wurden entweder gar nicht geliefert oder so schlecht ausgeführt, daß die Betreffenden gar nicht wiederzuerkennen waren. Als Anzahlung hatte er sich bis 950 M. zahlen lassen. Nach seiner Meinung waren die Bilder gut. Im übrigen sei er nur Angekletter seiner Söhne gewesen und habe von ihnen Provisionen bekommen. Er habe nur Bestellungen entgegengenommen müssen, sich Anzahlungen leisten lassen und die Bestellungen seinen Söhnen übermitteln müssen, damit sie seine Tätigkeit erledigt geseien. Dafür, daß seine Söhne die Bestellungen nicht ausgeführt hätten, könne er nichts. Die beiden Söhne entschuldigten sich damit, daß sie durch Verhaftungen und Krankheit an der Erledigung der Arbeiten gehindert worden seien. Der Gerichtshof kam nach umfangreicher Verhandlung und Vernehmung eines großen Zeugenauflagebots zu der Ansicht, daß alle gemeinschaftlich gehandelt haben und alle gleich verantwortlich sind, und daß es auf Verabredung auf betrügerisches Handeln abgesehen war. Das platte Land haben sie bevorzugt, weil sie da ihres Handwerks sicherer schienen. Bei dem Erstangeklagten sei eine hohe Strafe am Plage, da sein Auftreten vor Gericht und sein annahender Ton bewiesen habe, daß seine früheren Strafen ohne den geringsten Einfluß auf ihn geblieben seien und er wegen gleicher Straftaten in Hunderten von Fällen verurteilt sei. Auch der zweite Angeklagte sei schon vorbestraft. Der dritte Angeklagte ist zwar wegen Betruges noch nicht vorbestraft, hat es aber unterlassen, seine väterliche Autorität seinen Söhnen gegenüber zu wahren und ihre verbrecherische Tätigkeit, die er z. T. mitgemacht hat, zu verhindern. Das Gericht erkannte deshalb wegen fortgesetzten Betruges gegen Emil Farin auf 8 Monate Gefängnis, gegen Richard Farin auf 6 Monate Gefängnis und gegen Johann Farin und Grzybowski auf je 120 M. Geldstrafe oder 30 Tage

Gefängnis. Dem ersten Angeklagten wurden 2, dem zweiten 3 Monate der Strafe auf die Untersuchungsanstalt zur Anrechnung gebracht.

* **Kiew, 1. Juni.** Das Schwurgericht sprach den Journalisten Alexander Jablonsky frei, der von der durch den Verleumdungsprozess bekannten Vera Tschewerjak der Verleumdung durch die Presse angeklagt worden war. Jablonsky hatte 1912 in einer Kiewer Zeitung ein Feuilleton veröffentlicht, in dem er behauptete, daß der junge Jurist Jankin in der Wohnung der Tschewerjak getötet worden sei, die, um das Verbrechen zu verbergen, die Untersuchung in falsche Bahnen gelenkt hat. 68 vom Verleumdungsprozess bekannte Zeugen erschienen vor Gericht. Der Prozess Jablonsky ist einer aus der langen Reihe von Prozessen, die Vera Tschewerjak gegen Journalisten wegen angeblicher Verleumdung angestrengt hat.

Lokal- und Provinzialzeitung.

Posen, den 3. Juni.

Die Ueberführung der Leiche des Oberpräsidenten nach Posen.

In der vergangenen Nacht erfolgte die Ueberführung der sterblichen Hülle des Oberpräsidenten D. Dr. Schwarzkopf von Neutomischel nach Posen. Im Kreiskrankenhause in Neutomischel hatte vor der Ueberführung zum Bahnhofs-Schriftverlesung und Gebet des Superintendenten Reisel stattgefunden. Die Leiche traf um 11.47 Uhr nachts mit dem Zuge hier ein und wurde von Leichenträgern und Schutzleuten im Leichenwagen nach der Kreuzkirche geleitet und dort sofort aufgebahrt. Bereits gestern nachmittag war eine Fülle von Kränzen usw. in der Kirche niedergelegt worden.

Mit dem gleichen Zuge um 11.47 Uhr trafen auch der Minister des Innern von Loebell, der Kultusminister von Trott zu Solz und der Geh. Oberregierungsrat von Eichmann zur Teilnahme an der heutigen Beisetzungsfeier hier ein. Die Herren wurden auf dem Bahnhofe von dem Regierungspräsidenten Kraemer, dem Oberpräsidialrat Graf Pückler und dem Polizeipräsidenten von dem Kneisebeck empfangen und begrüßt und fuhren dann nach dem Hotel de Rome, wo sie Wohnung nahmen.

Landtagsabg. Wolff t.

Rechtsanwalt und Notar Justizrat Eduard Wolff ist, wie schon kurz vor uns berichtet wurde, am Nachmittage des ersten Pfingstfeiertages in Berlin im Alter von 62 Jahren gestorben. Es war ein kurzes, aber schweres Leiden, das seinem Tode vorausging. In der Klinik von Professor Dr. Albu, wo er Heilung suchte, folgte ein Schlaganfall seinem Leben ein plötzliches Ende. Mit der Gattin des Verstorbenen trauern zwei schon verheiratete Töchter und zwei Söhne an der Bahre des Verstorbenen.

Justizrat Wolff war am 6. März 1852 in Pissa geboren. Nach bestandener Reifeprüfung auf dem Gymnasium in Pissa studierte er in Breslau und Leipzig Rechts- und Staatswissenschaften. 1882 ließ er sich als Rechtsanwalt nieder. Dem Abgeordnetenhaus gehörte er seit 1900 für Frankfurt a. M. als Mitglied der freiwirtschaftlichen Volkspartei an. Justizrat Wolff war Stadtverordneter, Kreisverordneter und Mitglied des Vorstandes der Anwaltskammer. Seine Arbeit im Abgeordnetenhaus galt vor allem juristischen Fragen, für die er auch in den Kommissionen tätig war. Sein Mandat kann als sicherer für den Reichstag betrachtet werden. Wolff war mit dem konservativen V. Kardorff und dem konservativen Meinelde mit 373 deutschen Stimmen gegen 244 polnische gewählt worden.

* **Der Charakter als Kgl. Oberamtmann** ist dem Stiftingspächter Otto Reinhard in Wilhelmsruh, Kreis Trautstadt, beigelegt worden.

* **Der Wasserstand der Warthe** betrug hier heute früh +0,06 Meter, gegen +0,08 Meter gestern früh.

d. **Glowno, 3. Juni.** Dienstag nachmittag gegen 2 Uhr kam in dem Lewinschen Mühlengrundstuck, das erst vor acht Tagen durch Großfeuer heimgesucht wurde, wieder Feuer aus. Diesmal brannte ein mit Heu und groben Getreidekörnern angefüllter Stall. Die Feuerwehr verhinderte ein weiteres Ausbreiten, so daß die aus Posen zur Hilfe geeilte Motorpomphe bald den Brand löschen konnte. Nach zwei Stunden rückte die Wehren wieder ab.

* **Schwarzau, 2. Juni.** Beim letzten Gewitter schlug der Blitz in das Gehöft des Anstalters Klopshadt in Neu-Zelkenburg und zündete. Das Feuer wurde von dem darauf folgenden sehr kalten Regen gelöscht. — Der Landwehrcorps hielt gestern auf seinem neu erbauten Schießstand eine Sitzung ab, in der die Abhaltung eines Sommervergnügens am 12. Juli beschlossen wurde. In der Jahrmemorie in Neu-Zelkenburg wird sich der Verein in einer Stärke von 35–40 Mann beteiligen.

b. **Meseritz, 2. Juni.** Ein verwegener Einbruchsdiebstahl wurde gestern nachmittag beim Fleischermeister Karl Bieske verübt. Während sämtliche Familienangehörige abwesend waren, drangen die mit der Schlüssel und den Verhältnissen bekannten Diebe über den Hof in die Wohnung, erbrachen einen Schrank, in dem etwa 500 M. aufbewahrt waren, die sie mitnahmen, und verschwanden wieder auf demselben Wege, den sie gekommen waren. Der Diebstahl wurde erst bemerkt, als die Familie gegen 7 Uhr abends nach Hause kam. Als Diebe kommen in Betracht ein früherer Fleischergehilfe des Bieske, der von letzterem wegen Diebstahls entlassen worden war und ein anderer Fleischergehilfe. Sie wurden, als sie den Bieskeschen Hof betraten, von einem Nachbarn beobachtet, der freilich den beabsichtigten Einbruch nicht vermuten konnte.

b. **Wesitz, 2. Juni.** Heute nacht gegen 2 Uhr ist das Wohnhaus des Aderbürgers Gorny in Wesitz-Abbau niedergebrannt. Das Feuer griff so schnell um sich, daß nur wenig Mobiliar in Sicherheit gebracht werden konnte. Das Haus war nur mit 1700 M. das Mobiliar gar nicht versichert. Das Feuer ist vermutlich auf Brandstiftung zurückzuführen.

* **Pissa, 31. Mai.** Bei der Auslegung der Geschworenen für die am 30. Juni am hiesigen Landgericht beginnende voraussichtlich nur zwei Tage umfassende Schwurgerichtsperiode wurden folgende 30 Herren ausgelost: Konserndfabrikant Paul Niesing-Lissa, Stadtrat Otto Schulz-Rawitsch, Seminarlehrer Franz Ladner-Rawitsch, Ritttergutsbesitzer Johann Norowski-Belano, Ritttergutsbesitzer Wladislaw v. Rosielsti-Gr. Sepno, Landwirt Willibald Hoffmann-Schmiegel, Gutsbesitzer Heinrich Spedmann-Wurkingen, Oberinspektor Max Müller-Borthof, Gemeindevorsteher Richard Neumann-Leipold, Ritttergutsbesitzer Raver Spicher-Deutsch-Poppen, Gymnasialprofessor Dr. Martin Klein-Rawitsch, Kaufmann Carl Hoffmann-Lissa, Generalagent Felix Dolzins-Lissa, Generaldirektor Hartmann von Bismarck-Antons-hof, Stadtrat und Kaufmann Albert Trippensee-Rawitsch, Rittter Maximilian Graf v. Potworowski-Parzenjewo, Gutsbesitzer Wenzel Müller-Schmiegel, Rektor Ernst Biemann-Bojanowo, Maurer- und Zimmermeister Otto Rau-Lissa, Ritttergutsbesitzer Raimir Schyman-Mierzejewo, Gutsbesitzer Reinhold Rabitsch-Wilhelmsgrund, Seminarlehrer Willi Herbst-Lissa, Ritttergutsbesitzer Georg Hermann-Kloba, Ritttergutsbesitzer Bruno Wiesner-von Stabinski-Balesie, Ritttergutsbesitzer Bruno Wiesner-Sniaty, Seminarlehrer Ludwig Boerner-Rawitsch, Brauereibesitzer Alexander Deesler-Pöten, Gymnasialprofessor Dr. Ge-

org Biderow-Rawitsch, Brinz Sigismund von Zartorhski-Roskowno Brauereibesitzer Theodor Mlenberczyk-Schmiegel.

* **Tremessen, 31. Mai.** Fast alle Jahre wird unser Ort von der tödlichen Typhuskrankheit heimgesucht. So liegt augenblicklich die Familie des Arbeiters Garmat frant darnieder. — Zu nichtständigen Mitgliedern des Schulvorstandes der evangelischen Schulgemeinde Ruhheim sind Gutsbesitzer Georg Wilhelm-Gutheim und die Grundbesitzer Julius Mählbradt und Heinrich Mählbradt aus Ruhheim gewählt und bestätigt worden. — Da in Drachheim bei einem verendeten Hunde amtstierärztlich Tollwut festgestellt worden ist, wurde die am 26. Februar d. Js. über Drachheim und die benachbarten Ortschaften verhängte Hundesperre um weitere 3 Monate verlängert.

K. **Strelno, 2. Juni.** In Blumenort wüteten gestern zwei Brände. Mittags brannte der Stall des Grundbesizers Müller nieder und in der vergangenen Nacht wurde die Scheune des Grundbesizers Wojciechowski eingeäschert. — Bei dem heute beendeten Königsschießen der Schützengilde errang der Bürgermeister Biehlte die Königswürde und der Steinmeister Poruch die Kronprinzenwürde. — Die Maul- und Klauenseuche gewinnt in hiesigem Kreise an Ausdehnung. Sie ist jetzt in Niemojewko festgestellt worden.

mg. **Wiesitz, 2. Juni.** Bei dem gestern und heute veranstalteten Schützenfest der Schützengilde errang der Fleischermeister G. Kup die Königswürde. Vizekönig wurde Kaufmann Wolfram, erster Rittter Bürgermeister Sebertin und zweiter Rittter Fleischermeister Otto Kup.

?? **Bromberg, 2. Juni.** Ein seltenes Zusammengehörigkeitsgefühl legte eine Anzahl in Amt und Würden ergrauter Lehrer an den Tag, die sich in diesen Pfingsttagen in Bromberg, wo sie einst ihre Ausbildung erhalten hatten, in treuer Jugendfreundschaft zu einem fröhlich-wohlmütigen Wiedersehen nach 40 Jahren zusammenfanden. Es handelt sich um die ehemaligen Zöglinge des Bromberger evangelischen Lehrerseminars die 1871 bis 1874 die Anstalt besuchten. Von den 23 damaligen Seminaristen, von denen 18 dem Rufe zu einem Wiedersehen Folge geleistet hatten. Am Abend des zweiten Pfingsttages versammelten sich die 18 Herren im „Hotel Adler“ zu einer intimen Begrüßungsfeier, bei der mancherlei fröhliche und auch wehmütige Erinnerungen ausgetauscht wurden. Heute vormittag unternahmen sie einen gemeinsamen Spaziergang durch die Stadt. Alte Erinnerungen an die gemeinsam verlebte Ausbildungszeit wurden wieder lebendig bei der sich anschließenden gemeinsamen Besichtigung des evangelischen Lehrerseminars, durch dessen Räume sie in Vertretung des abwesenden Direktors der älteste Seminarlehrer Neumann führte, der den ehemaligen Zöglingen beim Abschied in herzlichen Worten ferneres Heil und Wohlergehen wünschte. Ein gemeinsames Mahl im „Karmeliterhof“ bot weitere Gelegenheit zum Austausch alter Erinnerungen. Nachmittags folgte ein gemeinsamer Spaziergang nach den Schloffen und den Anlagen am Wasserturm auf der Wismanushöhe. Ein gemeinsamer Besuch des alten, evangelischen Friedhofs, wo man in wehmütigen Gedanken an den Gräbern eines früheren Lehrers und einiger bereits entschlafenen Klassen-genossen weilte, bildete den Abschluß der Wiedersehensfeier.

□ **Breslau, 1. Juni.** Aus seinem am Hobrechtsufer hier vor Anker liegenden Kahn wurde der Schiffseigner Karl Thagung aus Rattwig bei Ohlau von einer Person, die am Ufer stand, auf Tod gerufen. In demselben Augenblick jedoch, als er auf Tod erschien, wurde ein Schuß auf ihn abgegeben, der ihn am Schenkel traf und so erheblich verletzte, daß er von Sanitätsmannschaften im Krankenauto nach dem Allerheiligenhospital geschafft werden mußte. Den Täter hat der Angeklopfene nicht erkannt, kann ihn auch nicht beschreiben. Es ist daher auch noch nicht aufgeklärt, ob eine Verwechslung der Person oder ein Racheakt vorliegt.

□ **Breslau, 2. Juni.** Das Schlesische Arbeiterjüngertag, zu dem sich während der Pfingsttage 98 Vereine in Breslau eingefunden hatten, war durch die verschiedensten polizeilichen Verbote, so besonders durch das Tanzverbot und durch die Verweigerung der Jahrhunderthalle sowie der Stadtbahn in Grüneiche stark eingeschränkt worden. Hiergegen protestierten am zweiten Feiertag die Arbeiterjünger durch Demonstrationen vor dem Hause des Oberbürgermeisters Matting, vor dem Regierungspräsidium und vor dem Landratsamt. In den genannten Stellen versammelten sich Sängerkorps in Stärke von je 500–600 Mann und sangen die von den Behörden verbotenen Lieder, u. a. auch die Internationale. Im Restaurant der Jahrhunderthalle und auf der Stadtbahn wurden ebenfalls beanstandete Lieder gesungen. Die Polizei in genügender Stärke zur Stelle war, waren die Demonstrationen beendet. Das Sängertag selbst fand unter äußerster strenger polizeilicher Kontrolle statt, die jede Teilnahme Augenblicklich an dem Fest verhinderte.

□ **Wien, 1. Juni.** Die Allgemeine Ortskrankenkasse hatte in den ersten drei Monaten eine Einnahme von rd. 120 000 M. an Beiträgen die Ausgaben betrugen aber 142 000 M., also 22 000 M. mehr, so daß die neue Organisation mit Unterbilanz arbeitet. Die Steigerung der Ausgaben ist zum großen Teil eine Folge der Erhöhung des Arzthonorars und des hohen Krankenstandes. Das Defizit dürfte voraussichtlich noch größer werden, da seit dem 1. April die Verpflegungssätze in den Krankenhäusern erhöht worden sind.

□ **Görlitz, 1. Juni.** Unter großer Beteiligung von Behörden und Bürgern wurde die städtische Walschule in Daubitz eingeweiht. Seit dem Jahre 1912 bereits ist in dem Schloß zu Daubitz, das der Stadt Görlitz gehört, eine Erholungsstätte für Schüler der Görlitzer Gemeindeschulen eingerichtet. Diese ist das ganze Jahr geöffnet und gewährt 30 Schülern kostenlose Aufnahme. Die Kosten werden aus freiwilligen Gaben gedeckt. Damit nun auch die Kinder geregelten Unterricht erhalten, wurde dem Schloße gegenüber eine Schule gebaut.

□ **Zabrze, 2. Juni.** Um benachbarten Mathesdorff ersiehend nach vorausgegangenem Streite der Eisenbahninvaliden Ruberek seine Ehefrau. Der Unmensch flüchtete nach der Tat. Der Grund dieser schrecklichen Handlung sollen fortwährende häusliche Zwistigkeiten sein.

* **Tilsit, 2. Juni.** In Jedwiteiten, Kreis Niederung, brachten Sonntag die beiden Brüder Westphal den Ort durch große Ausschreitungen in Aufruhr. Einem Faktor zertrümmerten sie die Fensterheben und brachten ihm mit dem Messer schwere Verletzungen in den Unterleib bei. Ein anderer Besucher erhielt Messerstiche in Rücken und Lunge. Als die Verbrecher dann den Besitzer der Saal angriffen, gab dieser in der Notwehr einen Schuß ab, der den einen der Brüder so schwer verletzte, daß er bald starb.

Ein Erfolg der albanischen Aufständischen.

* **Wien, 2. Juni.** Aus Skutari verlautet, daß Krusja von den aufständischen Anhängern Essad Paschas eingenommen worden sei. Bei den Chefs der Mohammedaner in Skutari wurde ein Anzahl türkischer Fahnen entdeckt, die dieser Tage gehißt werden sollten. Die Mohammedaner agitierten hier öffentlich für ein Zusammengehen mit den Aufständischen, dagegen ist die christliche Bevölkerung bereit, für den Fürsten einzutreten. Essad Pascha soll seine hiesigen Anhänger zu sich befohlen haben. Sie seien auch bereit zu ihm zu reisen. Dasselbe Blatt meldet aus Durazzo: Morgen geht die Kontrollkommission nach Skutari, um die Verhandlungen mit den Aufständischen wieder aufzunehmen. Durazzo, 3. Juni. Über die Einnahme von Krusja wird noch gemeldet: Nachdem die Aufständischen die Stadt angegriffen

hatten, zogen sich die fürstentruenen Behörden mit 35 Gendarmen nach kurzem Feuergefecht in die Festung zurück, wo sie belagert wurden. Zu einem neuen Kampf kam es jedoch nicht, sondern die Belagerer schnitten die Stadt von der Wasserversorgung ab. Dem Behörden, sowie 30 Gendarmen wurde freier Abzug gestattet. Sie gelangten unbehelligt nach Durazzo.

Der Führer der Aufständischen ermordet.

Wien, 2. Juni. Nach einem Telegramm der albanischen Korrespondenz aus Balona ist dort das Gerücht verbreitet, daß Arif Hismet, der Führer der Aufstandsbewegung ermordet worden sei.

Telegramme.

Ein Ueberraschungssieg in Karlshorst.

Berlin, 3. Juni. Die mit 80 000 M. ausgestattete Steeplechase, die gestern bei Mäffenbeuch in Karlshorst gelaufen wurde, endete mit einem aufregenden Zwischenfall. Kurz bevor die Pferde den Einlauf erreichten und jeder den Vorstoß des Franzosen Ultimatum erwartete, geriet dieser zusammen mit mehreren anderen Pferden in eine falsche Bahn und wurde angehalten. Dabei gelangten drei bereits geschlagene Pferde in Front. Der Besitzer des Siegers „Montagnard“ Montieur de Descazeaux stiftete aus Freude über den Sieg seines Pöngles, der ihm 50 000 M. in bar und einen Ehrenpreis einbrachte, 1000 M. für die Armen Berlins und dieselbe Summe für die Sozialunterstützungsstelle.

Zweikampf zwischen zwei Gefangenen.

Palermo, 2. Juni. Zwei Insassen eines Gefängnisses gerieten wegen eines Stückes Schwarzbrot in Streit und forderten sich zum Zweikampf. Sie gingen dann mit zugespitzten Gitterstäben vom Fenster aufeinander los. Im zweiten Gang stürzte der eine mit durchbohrtem Herzen tot zu Boden.

Der Kabinettswechsel in Frankreich.

Paris, 3. Juni. (Privattelegramm.) In der Kammer sprach man gestern allgemein nur von einem Ministerium Viviani. Dieser hielt gestern viele Besprechungen ab. Er beabsichtigt, Vertreter aller Parteien in dem Ministerium zu vereinigen. Die größte Schwierigkeit besteht für ihn in der Abfassung seines Programms, und es ist möglich, daß er deswegen noch verzögert. Da sich Präsident Poincaré inzwischen unzweideutig für die dreijährige Dienstzeit ausgesprochen hat, würde sich dann für ihn die Lage besonders schwierig gestalten.

Belohnung für deutsche Matrosenbravour.

Konstantinopel, 2. Juni. Der Adjutant des türkischen Kriegsministers überbrachte heute dem deutschen Botschafter Freiherrn v. Wangenheim 600 Pfund, welche der Sultan für die Familien der drei Matrosen des Panzerkreuzers „Goeben“ spendet hat, die infolge der beim Brande der Tschitschla-Kaserne erlittenen Verletzungen gestorben sind.

Ein Anschlag auf Huerta.

Newyork, 3. Juni. (Privattelegramm.) Als Huerta gestern im Automobil mit einem Adjutanten nach seinem Palast fuhr, fielen mehrere Studenten über den Wagen her und feuerten mehrere Schüsse auf die Insassen ab. Die Scheiben des Wagens wurden zertrümmert aber niemand verletzt. Vier Studenten wurden verhaftet und sogleich standrechtlich erschossen. Die Gattin Huertas hat sich mit ihren vier Söhnen auf die „Opiranga“ begeben. Auch Huerta bereitet seine Flucht vor.

Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie.

Berlin, 2. Juni.

Nachmittagsziehung.

Es fielen:

10 000 Mark auf Nr. 33 935 45 654.

5 000 Mark auf Nr. 5487 79 003.

3 000 Mark auf Nr. 7 260 9 672 21 365 27 248 43 677

53 344 57 596 65 014 65 561 70 128 70 165 78 100 80 745 86 276 93 455 103 711 103 739 108 977 117 275 121 309 126 034 131 258 135 448 136 689 141 332 142 313 160 231 162 849 164 351 168 442 168 914 185 608 187 907 211 482 212 798 231 569 231 603.

(Ohne Gewähr.)

Mitteilungen des Posener Standesamtes.

Vom 31. Mai, 1. und 2. Juni.

Sterbefälle.

Bädermeister Theodor Streit, 48 Jahre. Arthur Mahler, 2 Jahre 9 Monate 21 Tage. Theodor Oleiniczak, 7 Monate 25 Tage. Genoveva Joffert, 4 Monate 29 Tage. Leotobia Tomaszewska, 2 Monate 7 Tage. Marianna Zientkowiak, 8 Monate 17 Tage. Eisenbahnarbeiter Felix Golisch, 53 Jahre. Stanislaus Stachowiak, 1 Jahr 2 Monate. Steinischlager Kirchbauer, Alter unbekannt. Dienstmädchen Antonie Marciniak, 42 Jahre. Buchbinder Vincent Krajewski, 45 Jahre. Gärtner Richard Kapczynski, 63 Jahre. Heinrich Milewski, 4 Monate 15 Tage. Alfred Manthey, 5 Jahre 1 Monat 1 Tag. Walter Gotter, ohne Beruf, 16 Jahre. Jlabella Koteka, 4 Monate 18 Tage. Witwe Magdalena Paczkowska, geb. Gajda, 70 Jahre. Bronislaus Gyzmanski, 7 Monate 14 Tage. Ernst Basrich, 4 Monate 9 Tage.

Meteorologische Beobachtungen in Posen.

Datum und Stunde.	Barometer reduz. auf 0° in mm; 79 m Seehöhe	Wind	Wetter	Temperatur in Cels. Grad
3. Juni				
2. nachm. 2 Uhr	750,5	W schw. W	wolkig	+13,6
2. abends 9 Uhr	750,6	W leiser Zug	halbedeckt	+9,2
3. morgens 7 Uhr	751,5	W schw. W	„	+10,9

Niederschlag am 2. Juni: 0,3 mm.

Grenztemperaturen der letzten 24 Stunden, abgelesen am 3. Juni, morgens 7 Uhr:

3. Mai Wärme-Maximum: +15,7° Cels.

3. „ Wärme-Minimum: +8,0° „

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berlin, 3. Juni. Wetter: aufklärend.

Newyork, 2. Juni. Tendenz: matt. Canadian Pacific Aktien 193,25. Baltimore und Ohio 89 7/8. United States Steels Corporation 59 1/2.

Newyork, 2. Juni. Weizen für Juli 96, für September 93,75, für Dezember 95,75.

Köln, 2. Juni. Rübsöl loco 70,00. für Oktober —. —. Wetter: Schön.

Hamburg, 2. Juni, abends 6 Uhr. Kaffeemarkt. Good average Santos für September 50,75 Gd., für Dezember 51,75 Gd., für März 52,25 Gd., für Mai 52,75 Gd. Stettin.

Amsterdam, 2. Juni. Java-Kaffee good ordinary 41,00.

Amsterdam, 2. Juni. Bantiam 86,75.

